

Das „Affentheater“ um überhöhte Gebühren und Beiträge nimmt kein Ende  
Abschaffung der existenzvernichtenden Herstellungsbeiträge für Abwasser

Nach wie vor hält die Unzufriedenheit der Bürger über die Abwasserbeiträge in Thüringen und über den Wasser- und Abwasserzweckverband Gotha und Landkreisgemeinden an. Dies kam am 07. Mai 2009 bei einer Großdemonstration mit rund 1000 Teilnehmern vor dem Erfurter Landtag, aber auch am 23. Juni 2009 in der Stadthalle Gotha während einer Podiumsdiskussion zu Kommunalabgaben zum Ausdruck.

Das „Affentheater“ um überhöhte Gebühren und Beiträge nimmt kein Ende. Die CDU und die SPD wollen bei der Novellierung des Abgabengesetzes weiter an Beiträgen festhalten. Selbst ihre eigenen Mitglieder bringen des öfteren zum Ausdruck, dass sie diese Entscheidung nicht mit tragen. Die Argumente beider Parteien sind jederzeit widerlegbar. Sozial schwache Bürger gibt es bei Mietern wie Hauseigentümern und werden gleichermaßen überbelastet.

Erst am 12. Juni 2009 war von einem Erfolg der Bürgerinitiativen und einer Schlappe für den WAZV in der TLZ zu lesen. Während einer Festveranstaltung im Freizeitzentrum Walterhausen am gleichen Tag habe ich den OB von Gotha Herrn K. Kreuch (SPD) zum Verwaltungsgerichtsurteil befragt, er beurteilte es als einen Erfolg für die BI. Auf meine Frage: „Legt der WAZV gegen das Urteil Berufung ein?“ kam ein Schulterzucken. Am 26. Juni 2009 ist nun wieder in der TLZ zu lesen, dass der WAZV gegen dieses vom Verwaltungsgericht gefällte Urteil in Berufung geht. Der Gothaer Verband, vertreten durch Herrn Brand als Verbandsvorsitzender, geht wieder gegen den Willen der Gebühren- und Beitragszahler mit den Geld der Bürger und unerklärlicher Weise mit Zustimmung der Verbandsversammlung in Berufung. Dies ist ein unerträglicher Zustand. Die Bürgermeister von Gotha/Kreuch, Waltershausen/Brychcy, Tröchtelbörn/Brand, Tambach/Wrona und andere der Mitgliedsgemeinden mit erheblichem Stimmrecht im Verband sollten endlich die Interessen ihrer Wähler vertreten und ihren Willen umsetzen.

Die Größe eines Hauses, des Grundstückes oder die Art der Bebauung kann und darf nicht Grundlage für Abwasserbeiträge sein. Mit der Arbeit der Zweckverbände im Kreis Gotha kann kein aufmerksamer Bürger zufrieden sein.

Eine Berufung gegen ein Urteil kann dem ZV viel Geld kosten. Wer bevollmächtigt sie eigentlich, mit dem Geld der Bürger so umzugehen? Nützliche Gespräche zwischen Vertretern der Bürger und des neu gegründeten Eigenbetriebes sind meines Wissens bis heute nicht zustande gekommen.

Die Bürger im Landkreis Gotha fordern nach wie vor die Abschaffung der existenzvernichtenden Herstellungsbeiträge für Abwasser. Abwasser muss nach dem Verursacherprinzip über Gebühren dem Kunden in Rechnung gestellt werden. Wie lange sollen sich noch Juristen mit unvernünftigen Werkleitern und Verbandsvorsitzenden beschäftigen und sich mit unserem Geld die Taschen vollsacken?

Es gibt nur eine vernünftige Lösung, Beiträge müssen abgeschafft werden, wie es bereits 47 Verbände in Thüringen getan haben. Erst dann kann wieder von gleichberechtigten Verhältnissen nach dem Grundgesetz gesprochen werden. Erfreulich ist, dass die FDP in ihrem Wahlprogramm im Kreis Gotha neben den Linken auch für die Abschaffung der unerträglichen Zwangsbeiträge votiert.

Ich bedaure ausdrücklich, dass viel zu wenig Bürger die informative TLZ lesen, ansonsten hätte sich mancher Leser bei den Kommunalwahlen anders entscheiden müssen.

Die Landesregierung ist gefordert, bei der Neufassung des Kommunalen Abgabengesetzes am 07. August 2009 endlich allen Bürgern in Thüringen gleiche Abgabenbedingungen zu garantieren.

Die Bürgerallianz Thüringen ist gegenwärtig damit beschäftigt, ein Volksbegehren wegen der Ungleichbehandlung der Bürger bei Kommunalabgaben vorzubereiten.

Mit freundlichen Grüßen  
Horst Reising

26.06.2009